



**Offener Brief an die Regierung zum Thema „Agrokraftstoffe“
anlässlich des EU-Umweltministerrates am 5.6.2008 und des
EU-Energieministerrates am 6.6. 2008**

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die Europäische Union ist dabei, durch die verpflichtende Verwendung von Agrokraftstoffen im Verkehrssektor das Leben von Millionen Menschen und den Klimaschutz zu gefährden. Der Vorschlag der EU-Kommission, im Rahmen der Erneuerbaren-Energien-Direktive bis 2020 den Anteil der Agrokraftstoffe auf 10% des Energiebedarfs im Verkehrssektor zu erhöhen, wird in jedem Fall dazu beitragen, dass Nahrungsmittel im Verkehr verfeuert werden, anstatt Hunger zu stillen und ohne dabei zum Klimaschutz beizutragen.

Eine Koalition von 18 luxemburgischen Organisationen und Institutionen hatte Mitte April die luxemburgische Regierung aufgefordert, sich gegen das 10%ige Beimischungsziel für Agrokraftstoffe auszusprechen (1). Am 20. Mai diskutierten Vertreter dieser Plattform in einer Anhörung mit der Umwelt- und der Landwirtschaftskommission des Parlaments hierüber.

Ihre Aussagen, Herr Staatsminister, zum Thema Agrokraftstoffe anlässlich der Rede zur Lage der Nation am 22. Mai sind für uns Grund zu größter Besorgnis.

Am 5. Juni bzw. am 6. Juni werden sich die EU-Umweltminister bzw. die EU-Energieminister treffen, um u.a. über zukünftige Energie- und Klimaschutzfragen zu diskutieren. Wir, die unterzeichnenden luxemburgischen Organisationen, wollen insbesondere zu den Argumenten Stellung beziehen, die in Ihrer Rede zur Lage der Nation zur Rechtfertigung der Beimischungspflicht angeführt werden.

Wir appellieren an die luxemburgische Regierung, sich in Brüssel für die ersatzlose Streichung der 10%-Beimischungspflicht einzusetzen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten im Frühjahr 2007 das Ziel der 10%igen Beimischungspflicht für Agrokraftstoffe unter der Voraussetzung beschlossen, dass diese nachhaltig produziert werden und dass die Agrokraftstoffe der 2. Generation kommerziell zur Verfügung stehen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen jedoch mittlerweile, dass dieses Ziel unter nachhaltigen Bedingungen nicht erreicht werden kann:

- Agrokraftstoffe gefährden die Nahrungsmittelsicherheit für viele Millionen Menschen zusätzlich;
- die Produktion von Agrokraftstoffen in den Schwellen- und Entwicklungsländern führt häufig zu Landraub, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte;
- die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen durch Einsatz von Agrokraftstoffen ist fragwürdig;
- die Produktion von Agrokraftstoffen wird in erheblichem Maße zur weiteren Zerstörung natürlicher Ökosysteme, u.a. der letzten Urwälder, führen und in dramatischem Umfang zur Freisetzung von Treibhausgasen und zur Vernichtung der Artenvielfalt beitragen.

Ziel der geplanten Richtlinie ist es, durch die erneuerbaren Energien einen Beitrag zu CO₂-Reduzierung und Klimaschutz zu leisten. Biomasse wird bei unserer zukünftigen Energieversorgung sicherlich eine Rolle spielen. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir nicht grundsätzlich gegen die Verwendung von Biomasse zu Energiezwecken sind. Aber ein quantitatives Ziel ausgerechnet für die ineffizienteste Nutzung von Biomasse, nämlich als Treibstoff für Automobile und LKWs festzulegen, wird zwangsläufig zu einer Vergeudung natürlicher Ressourcen und Flächen führen.

Nachhaltig produzierte Biomasse kann z.B. in der gekoppelten Strom- und Wärmeproduktion erheblich effizienter eingesetzt werden und dadurch deutlich mehr zum Klimaschutz beitragen als die ineffiziente Verwendung von Agrokraftstoffen im Verkehrsbereich. Daher ist die Frage auch nicht, ob eine 10%-, 5%- oder 2%-ige Beimischungspflicht für Agrokraftstoffe Sinn macht.

Wir fordern die ersatzlose Streichung der 10%-Beimischungs-Klausel aus dem Richtlinien-Vorschlag. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass Biomasse dort zu Energiezwecken eingesetzt wird, wo der Beitrag zum Klimaschutz am größten ist.

Außerdem fordern wir, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen ökologischen Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse verschärft und strenge soziale und Menschenrechtsstandards in die Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden.

Auch die sogenannten Agrokraftstoffe der „2. Generation“ sind kein Wundermittel: Sie befinden sich erst im Forschungs- und Versuchsstadium und stellen keine solide Basis für quantitative Ziele dar. Ob sie das in zehn Jahren tun können, ist immer noch ungewiss. Wie auch bei den Agrokraftstoffen der 1. Generation stellt sich die Frage, wie die riesigen Rohstoffmengen, die zur Produktion dieser Kraftstoffe benötigt werden, umwelt- und sozialverträglich zur Verfügung gestellt werden sollen. Das EU-eigene Forschungsinstitut Joint Research Center (JRC) kommt in seiner Analyse vom März 2008 zu dem Schluss, dass die Kraftstoffe der 2. Generation bis zum Jahr 2020 aufgrund ihrer hohen Produktionskosten im Vergleich mit den Kraftstoffen der 1. Generation (wie Palmöl, Sojaöl und Agroethanol) wahrscheinlich nicht wettbewerbsfähig sein werden. Das JRC hebt weiterhin hervor, dass die Rohstoffe zur Herstellung der 2. Generation-Kraftstoffe, wie z.B. Holz, größtenteils von außerhalb der EU importiert werden müssten, da die eigenen Holzressourcen kaum ausreichen werden, um die Holzverarbeitende Industrie sowie Strom- und Wärmekraftwerke mit Rohstoffen zu versorgen.

Auch Agrokraftstoffe der 2. Generation werden Nahrungsmittel verteuern. Es ist eine Illusion zu glauben, es gäbe „hungerneutrale“ Agrokraftstoffe, da der Mechanismus der Bodenpreise zwangsläufig die besten Flächen für die höchsten Erträge nutzt, ohne Rücksicht darauf, ob eine „Flächenreserve“ für die notwendige Nahrungssicherheit zurückbehalten wird.

Eines der Ziele der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie ist der Klimaschutz und damit die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. CO₂-Verringerungen im Verkehrssektor müssen über andere Wege erzielt werden, z.B. durch eine Steigerung der Effizienz der Automobile und durch den Ausbau und die stärkere Nutzung des Öffentlichen Verkehrs sowie eine Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene.

Mehr als 50% des luxemburgischen Endenergieverbrauchs werden vom Transportsektor verursacht. Wenn Luxemburg Probleme hat, seine Kyoto-Verpflichtungen zu erfüllen, dann liegt das vor allem daran, dass wir nicht bereit waren, den Ausstieg aus dem „Tanktourismus“ frühzeitig einzuleiten.

Es sieht so aus, als ob Luxemburg seine nicht nachhaltige Politik im Bereich der öffentlichen Finanzen und des Verkehrs dadurch „vergrünen“ möchte, dass es den notwendigen Anteil der erneuerbaren Energien durch den massiven Rückgriff auf Agrokraftstoffe erreicht, anstatt die Abhängigkeit vom Treibstoffverkauf zu verringern. Mit anderen Worten, es scheint, als ob Luxemburg es in Kauf nimmt, dass sein hoher Energieverbrauch mit Menschenrechtsverletzungen, Hungerkrisen und Umweltzerstörung einhergeht. Dies ist aber unter keinen Umständen zu vertreten.

Luxemburg, den 4. Juni 2008

Die unterzeichnenden Organisationen:

Action Solidarité Tiers Monde
Archevêché de Luxembourg
Caritas Luxembourg
Cercle de Coopération Luxembourg
Eurosolar Lëtzebuerg
d’Haus vun der Natur
Hëllef fir d’Natur
Greenpeace Luxembourg
Lëtzebuerger Natur-a Vulleschutzliga
Luxemburger Kommission “Justitia et Pax“
Mouvement Ecologique
Transfair Minka
Veräin fir biologesch-dynamesch Landwirtschaft Lëtzebuerg (Demeter Bond)
Verenegung fir biologesche Landbau Lëtzebuerg (bio-LABEL)

(1) Die Argumente sind in der Broschüre „Agrokraftstoffe – warum sie nicht halten, was sie versprechen“ zusammengefasst und veröffentlicht. Diese kann von den Webseiten der Organisationen heruntergeladen werden.